

Herrn
amtsführenden Stadtrat
der Geschäftsgruppe
Finanzen, Wirtschaft, Arbeit,
Internationales und Wiener Stadtwerke
KommR Peter Hanke

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Mag. Manfred Juraczka (ÖVP), Dr. Markus Wölbisch-Milan, MIM (ÖVP), Markus Grießler (ÖVP), Markus Gstöttner, MSc (ÖVP) und Margarete Kriz-Zwittkovits (ÖVP) an Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke KommR Peter Hanke zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke) für den Gemeinderat am 27.06.2023 - 28.06.2023.

Nein zu Vermögenssteuern

Für den aktuellen Vorsitzenden der Bundes-SPÖ ist der Marxismus eine gute Brille, um auf die Welt zu schauen. In den vergangenen Wochen hat er die Einführung einer Vermögenssteuer sowie einer Erbschaftssteuer gefordert und diese auch als unverhandelbare Koalitionsbedingung für mögliche Partner nach der nächsten Nationalratswahl bezeichnet. Auch in Wien regt der zuständige Finanzstadtrat im Zuge der Finanzausgleichsverhandlungen an, über „*eine Einführung einer Vermögenssteuer*“ nachzudenken. Diese sei vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Herausforderungen ein geeigneter Weg, um große Vermögen jenseits des Mittelstands dazu zu bewegen, ihren gerechten Beitrag zu leisten, so der Finanzstadtrat (vgl. OTS vom 5. Mai 2023).

Laut einer aktuellen Studie des Münchener Instituts für Wirtschaftsforschung (ifo) aus dem Jahr 2021 birgt die Einführung einer Vermögenssteuer aber erhebliche Risiken. Eine aufkommensrelevante „Vermögenssteuer“ würde zwangsläufig die Substanz von Unternehmen und Privathaushalten, d.h. insb. Betriebsvermögen und unbewegliches Vermögen des Mittelstandes, erfassen und damit deren Investitions- und Vorsorgefähigkeit sowie Krisenresilienz gefährden. So zeigt eine Simulationsrechnung über acht Jahre, dass bei einer Vermögenssteuer von 1 Prozent die Investitionen der inländischen Unternehmen um 11 Prozent

zurückgingen, die der ausländischen sogar um 20 Prozent. Nach den acht Jahren wäre das Bruttoinlandsprodukt um bis zu 6,2 Prozent niedriger als ohne Vermögenssteuer.

Vermögen richtig zu bewerten ist zudem sehr schwierig, weil es keine objektiv nachprüfbares Verkehrswerte gibt. Eine Vermögenssteuer würde daher einen immensen Verwaltungs- und Bewertungsaufwand mit sich bringen. Angesichts der hohen Einhebungskosten wird der Nettoertrag voraussichtlich verhältnismäßig bescheiden sein. Darüber hinaus wirkt eine Vermögenssteuer sukzessive enteignend, wenn die Substanz unabhängig von der Höhe der Erträge bzw. unabhängig davon, ob überhaupt Erträge vorliegen, besteuert wird. Da Kapitalvermögen grundsätzlich mobil und jederzeit transferierbar ist, besteht weiters die Gefahr, dass Kapitalvermögen samt den Eigentümern sukzessive aus Österreich abwandert. Das Aufkommen würde somit binnen weniger Jahre deutlich zurückgehen und die Kapitalflucht würde sich negativ auf Investitionen und Kapitalbildung in Österreich auswirken. Letztlich gefährden Vermögenssteuern Arbeitsplätze und bestrafen die Leistungsträger.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat spricht sich dezidiert gegen die Einführung von Vermögenssteuern aus.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

27.06.2023

